

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 19.12.2018

Von Christian Selz

20.12.2018

Wahl wird zur Farce

Südwestsomalien entscheidet über einen Präsidenten. Kandidat verhaftet, ausländische Truppen sichern Macht



Mukhtar Robow bei einer Pressekonferenz am 4. November in Baidoa

Foto: Feisal Omar/REUTERS

Wenn nichts mehr dazwischen kommt, werden am heutigen Mittwoch in Südwestsomalien ein neuer Präsident und ein neues Parlament gewählt. Wirklich sicher lässt sich das aber

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

erst nach Vollzug der Abstimmung sagen, denn nichts ist wirklich sicher in der autonomen Region, die offiziell ein Bundesstaat Somalias ist. Das beginnt schon beim Status: Da es keine Verfassung gibt, ist nicht klar geregelt, wie weit die Rechte der Zentralregierung in Mogadischu reichen und wo die Autonomie der lokalen Behörden greift. Ausgetragen wird der Konflikt häufig bewaffnet, so auch am vergangenen Donnerstag, als zunächst auf Geheiß der Zentralregierung der aussichtsreichste lokale Präsidentschaftskandidat verhaftet wurde. Anschließend wurden nach Angaben der Nachrichtenagentur *Reuters* bei Gefechten zwischen dessen Anhängern und staatlichen Einsatzkräften in der Stadt Baidoa mindestens zehn Menschen getötet.

Jener nun inhaftierte Mukhtar Robow, auch Abu Mansur genannt, ist international kein Unbekannter. Bis zum vergangenen Jahr war er die Nummer zwei der Al-Schabab. Robow war das Gesicht der Islamistenmiliz, fungierte als deren Sprecher, tauchte in unzähligen Videos auf und beraumte sogar Pressekonferenzen an, während die US-Regierung ein Kopfgeld von fünf Millionen US-Dollar auf seine Ermordung ausgesetzt hatte. Nachdem sich Robow infolge eines internen Machtkampfes von der Miliz losgesagt hatte, wollte er sein Glück auf formalpolitischem Terrain versuchen. Er habe »Kugeln gegen Wahlurnen eingetauscht«, schrieb der französische Auslandsnachrichtensender *France 24* am Sonntag in seinem Onlineangebot. Da Robow in Südwestsomalien aber großen Rückhalt genießt und mit seinem Wahlkampfslogan »Ich konnte Al-Schabab gründen, also weiß ich auch, wie man sie zerschlägt« auf gut besuchten Veranstaltungen reichlich Anklang fand, wurde er zur Gefahr für den Wunschkandidaten der Zentralregierung, den amtierenden Energie- und Wasserminister Abdiaziz Hassan Mohammed.

Die offizielle Begründung der Festnahme lautete, Robow habe militante Islamisten und Waffen zurück nach Baidoa bringen wollen, wo die Al-Schabab 2012 vertrieben worden war. Glaubwürdig ist das allerdings nicht, da die Miliz ihren ehemaligen Sprecher inzwischen als Verräter betrachtet, ihn mit dem Tod bedroht und zudem die Wahlen verhindern will. Letztere sollen nun – nachdem sie seit November bereits dreimal verschoben worden waren – ohne Robow stattfinden. Dies dürfte dazu führen, dass die Zentralregierung ihren Kandidaten Mohammed durchsetzen kann. Auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung des Konflikts in Somalia ist das jedoch ein verheerendes Signal, da es der Al-Schabab-Führung klar zeigt, dass eine Beendigung des Krieges und anschließende Integration in die Regierung keine Option ist. Will die Miliz ihre auf dem Land noch immer ungebrochene Macht erhalten, muss sie demnach den bewaffneten Kampf fortsetzen.

Dieser Konfrontationskurs ist um so fataler, da die Zentralregierung in Mogadischu den Kriegspfad ausschließlich mit Hilfe ausländischer Truppen beschreiten kann, die mit Mandat der Vereinten Nationen im Rahmen der United Nations Mission in Somalia (Unsom) im Land stationiert sind. Eines der wichtigsten Kontingente am Boden ist dabei das aus dem Nachbarland Äthiopien, mit dem die Regierung in Mogadischu erst im Juli einen historischen Friedensvertrag unterzeichnete. Doch das Abkommen bringt nicht Frieden, sondern Krieg. Einem Sprecher Robows zufolge wurde dieser von äthiopischen Soldaten verhaftet. Während die Unsom den Fall zur internen Angelegenheit Somalias erklärte und jede Beteiligung abstritt, dürfte der Al-Schabab die Nachricht von externer Einmischung des Erzfeindes helfen, neue Kämpfer zu rekrutieren. Die Wahlen, denen im kommenden Jahr weitere regionale Abstimmungen und 2020 schließlich ein landesweiter Urnengang folgen sollen, werden so zur Farce.